

Judith Bernstein

80803 München
Viktor-Scheffel-Str. 5
Tel. 089/34.01.95.20
Mobile 073/39 33 854
mail@judith-bernstein.de

23. November 2009

Herrn Bundesminister
Dr. Guido Westerwelle
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Westerwelle,

als Repräsentant der demokratischen Bundesrepublik Deutschland, deren höchstes Gut die Einhaltung der universalen Menschenrechte ist, appellieren wir an Sie, sich dafür verstärkt einzusetzen, dass die Bundesregierung beim bevorstehenden Besuch des israelischen Kabinetts in Berlin folgende Erwartungen an die israelische Regierung vorträgt:

1. Sofortiger Stopp des Siedlungsbaus in der Westbank, in und um Jerusalem,
2. sofortiger Stopp der Häuserzerstörung palästinensischer Einwohner,
3. Auflösung aller Siedlungen in der Westbank und Rückzug auf die Grenzen vor 1967,
4. Öffnung der Grenzen zum Gazastreifen,
5. Freilassung der palästinensischen politischen Gefangenen, insbesondere Kinder, Jugendliche und Frauen,
6. rechtliche und soziale Gleichstellung der arabischen mit den jüdischen Staatsbürgern Israels.

Nur so ist die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und zusammenhängenden palästinensischen Staates neben Israel gewährleistet. Diese Regelung wird auch die Zukunft des Staates Israel sichern. Sollte die Regierung in Jerusalem diesem Appell nicht nachkommen, erwarten wir von Deutschland und Europa eine andere Politik gegenüber Israel.

Uns beunruhigt sehr, dass der Nahostkonflikt immer stärker antijüdische Ressentiments in der deutschen Öffentlichkeit auslöst.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Judith Bernstein
Jüdische Sprecherin der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München
www.jpdg.de

Mit Schreiben vom 04. Dezember 2009 bekräftigt eine Mitarbeiterin des Auswärtigen Amtes, dass die deutsche Nahostpolitik an der Zwei-Staaten-Lösung festhalte, dass sie sich für die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen gemeinsam mit ihren europäischen Partnern, dem Nahost-Quartett und den USA einsetze und dass die Bundesregierung und die Europäische Union sich nachdrücklich in Israel für die Öffnung der Grenzen nach Gaza und einen geregelten Waren- und Personenverkehr verwenden würden. Wie die Bundesregierung diese Ziele operativ durchzusetzen beabsichtigt, verrät das Antwortschreiben nicht.